

Inhalt

Abkürzungen	12
Vorwort	15
I. Rechtsstaatliche Grundlagen	
1. Das Trennungsgebot	17
2. Trennung Polizeirecht – Strafprozessrecht	19
3. Ermittlungsverbot und Unschuldsvermutung	25
4. Informationelle Selbstbestimmung (BVerfGE 65, 1 ff.): Grundlagen	29
5. Prinzipielle Offenheit staatlichen Handelns	32
6. Zusammenfassung: Der »historische« Wille zur Begrenzung staatlicher Macht	33
II. Tendenz der Gesetzgebung: Vorverlegung und Erweiterung von Befugnissen im Polizei- und Strafprozessrecht	
1. Große Lauschangriffe	35
1.1. Große und kleine Lauschangriffe	35
1.2. Lauschangriffe im Polizeirecht und der Strafprozessordnung	37
1.3. Der große Lauschangriff anno 1998	40
1.3.1. Die wichtigsten tatbestandlichen Voraussetzungen für große Lauschangriffe	40
1.3.2. Zum Verdachtsgrad	41
1.3.3. Die Katalogtaten als Angriffsanlässe des strafverfolgenden Lauschens	43
1.3.4. Die Angriffsziele des strafverfolgenden Lauschens	46
1.3.5. Bisherige Erfahrungen mit dem großen Lauschangriff	49
1.3.6. Große Lauschangriffe – leicht gemacht: Ein vorläufiges Fazit ..	50
1.4. Lauschangriffe auf den Kernbereich der Unverletzlichkeit der Wohnung	51
1.4.1. Die Wohnung als individueller Rückzugsraum	52
1.4.2. Verfassungswidriger Gesetzesvorbehalt?	53
1.4.3. Die Schutzlosigkeit von Verdächtigen und Unbeteiligten	55
1.5. Der große Lauschangriff von 1998 als »weiterer Sch(r/n)itt«	56
2. Moderne Telekommunikationsüberwachung (TKÜ): Lückenlose Kontrolle von Datennetzen?	57
2.1. Bundesrechtliche TKÜ-Regelungen	57
2.1.1. Die Überwachung der Telekommunikation (TKÜ) nach den §§ 100 a, b StPO	58
2.1.1.1. Die Überwachung der »unmittelbaren« Kommunikation	60
2.1.1.2. Der Zugriff auf in Mailboxen zwischen gespeicherte Informationen	60
2.1.1.3. Mobiltelefone als »Bewegungsmelder«	62
2.1.1.4. Überwachungsfreies »Surfen« im Internet?	65

2.1.1.5. TKÜ als flächendeckend eingesetzte Standardmaßnahme der Strafverfolgungsbehörden	66
2.1.2. Auskunftsansprüche über zurückliegende und zukünftige Verbindungsdaten nach den §§ 100 g, h StPO	68
2.1.2.1. Verbindungsdaten von Beschuldigten	68
2.1.2.2. Verbindungsdaten von Unverdächtigen: Die Zielwahlsuche	69
2.1.3. Der IMSI-Catcher	71
2.1.3.1. Die Funktionsweise des IMSI-Catchers	71
2.1.3.2. Tatbestandliche Voraussetzungen	72
2.1.3.3. Der Zugriff auf eine Vielzahl Unverdächtiger	73
2.1.3.4. Verstoß gegen das Zitiergebot?	74
2.2. Landesrechtliche TKÜ-Regelungen: Präventives Lauschen	76
2.2.1. Auskunftsansprüche im Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz	76
2.2.2. Präventive Telekommunikationsüberwachung in Thüringen	77
2.2.2.1. Tatbestandliche Voraussetzungen des § 34 a ThürPAG	78
2.2.2.2. Verstoß gegen Gesetzgebungskompetenzen?	80
2.3. Gesetzgeberische Perspektive: Datenvorratsspeicherung?	81
3. Das »operative Ermittlungskonzept« am Beispiel der Verdeckten Ermittler (VE)	82
3.1. Strafverfolgende VE in der Strafprozessordnung	84
3.2. Verdeckte (Vorfeld-)Ermittler am Beispiel des NGefAG	85
3.2.1. Der Einsatz von gefahrabwehrenden VE	85
3.2.2. Der Einsatz von vorsorgenden VE	86
3.2.3. VE-Einsätze gegen jedermann?	88
3.3. Insbesondere: Kontrollmöglichkeiten der geheimpolizeilichen Vorfeldermittlungen durch einen Richtervorbehalt?	90
3.3.1. Effektivitäts-Einschränkungen durch Rechtsprechung	91
3.3.2. Einschränkungen durch tatsächliches richterliches (Nicht-)Können	95
3.3.3. Der Richtervorbehalt als gesetzgeberisches Alibi für entgrenzte Tatbestände	97
3.4. Zum Verhältnis von VE-Regelungen beider Gesetzesmaterien: Das operative Konzept	98
3.4.1. Kein Ermittlungsverbot für geheimpolizeiliche Vorfeld-Ermittler	98
3.4.2. Das Überschreiten des Anfangsverdachts als der Beginn von Strafverfolgung	99
3.5. Fazit: Der Wegfall von Grenzen	102
4. Die polizeiliche Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen	105
4.1. Rund-um-die-Uhr-Überwachung von öffentlichen Plätzen	105
4.2. Videoüberwachungen und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung	106
4.2.1. Verfassungsgerichtliche Vorgaben	106
4.2.2. Übersichtsaufnahmen als Vorfeldeingriffe	108
4.2.3. Bestimmtheit von Rechtsgrundlagen	110
4.3. Videoüberwachungen und »traditionelles« Polizeirecht	113

4.3.1. Video-Überwachungen zur Gefahrenabwehr?	113
4.3.2. Verhältnis Prävention – Repression	115
4.3.3. Zur Frage eines effektiven Rechtsschutzes gegen Videoüberwachungen	117
4.3.4. Zur Verhältnismäßigkeit der Befugnis zur Videoüberwachung	118
4.4. Kriminalpolitik	121
4.4.1. Verdrängung von unerwünschten Personengruppen aus den Innenstädten	121
4.4.2. Die Gefährlichkeit einer permanenten visuellen Überwachung	122
5. Polizeilicher Gewahrsam: Präventive Freiheitsentziehungen auf dem Vormarsch?	123
5.1. Freiheitsentziehungen im Strafrecht	124
5.2. Insbesondere: Die Haft wegen Wiederholungsgefahr gemäß § 112 a StPO	126
5.3. Die Gewahrsamsregelungen (exemplarisch: SächsPolG)	129
5.3.1. Insbesondere: Die Anordnung des Polizeigewahrsams	130
5.3.2. Insbesondere: Die Zwei-Wochen-Frist des Polizeigewahrsams	131
5.3.3. Exkurs: Unzulässiger Verbringungsgewahrsam	133
5.4. Das Verhältnis von § 112 a StPO zu den Vorschriften über den Polizeigewahrsam	134
5.4.1. Die zeitlichen Grenzen präventiv-polizeilicher Freiheitsentziehungen	134
5.4.2. Verschiedene Rechtsgrundlagen für »dieselbe« Maßnahme?	135
5.4.3. Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung der Gewahrsamsregelungen?	136
5.4.4. Fazit: Überholende Länderregelungen	138
6. Schleierfahndungen:	
Verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen	139
6.1. Die tatbestandlichen »Voraussetzungen« von Schleierfahndungen	140
6.2. Die Zwecke der Schleierfahndungen	144
6.3. Zur Frage der Gesetzgebungskompetenz der Länder	146
6.4. Exkurs: Schleierfahndungen als »institutionalisierter Rassismus« (Herrnkind)?	147
6.4.1. Die »Selektion«	148
6.4.2. Gesetzliche Zielrichtungen und polizeilicher Rassismus	151
6.5. Das Verhältnis der Schleierfahndungen zu anderen verdachts- unabhängigen Personenkontroll-Befugnissen der Polizei	152
6.5.1. Identitätsfeststellungen nach Polizeirecht an »gefährlichen Orten«	152
6.5.2. Personenkontrollen nach der Straßenverkehrsordnung	155
6.6. Das Verhältnis zur Befugnis der Strafprozessordnung nach § 163 b	156
6.7. Zur Eingriffsintensität von Schleierfahndungen	160
6.8. Fazit: Gefahrenabwehrunabhängiges Polizeirecht	162
6.9. Rechtspolitik: Der Weg in den permanenten Ausnahmezustand?	166

7. Exkurs: Das Terrorismusbekämpfungsgesetz – ein neuer Quantensprung weg von bürgerlicher Freiheit	169
7.1. Biometrische Merkmale in deutschen Personaldokumenten.....	170
7.2. Neue Aufgaben und Befugnisse des Bundeskriminalamts	173
7.3. Neue Aufgaben und Befugnisse der Geheimdienste.....	176
7.3.1. Bundesverfassungsschutzgesetz.....	176
7.3.2. MAD-Gesetz.....	180
7.3.3. BND-Gesetz	181
7.4. Überprüfungen im Rahmen des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes	182
7.5. Ausländerrechtliche und asylverfahrensrechtliche Regelungen	182
7.6. Zusammenfassende Bewertung	185
III. Strafprozessuale Lückenschlüsse durch Rechtsprechung	
1. Zulässigkeit von »Spurwechseln« in andere Rechtsmaterien (BGH)?	187
1.1. Der »Radikal«-Beschluss des BGH	187
1.2. Die Bestimmtheit der Rechtsgrundlage	188
1.3. Strafverfolgende große Lauschangriffe nach Polizeirecht?	190
1.4. Verwertungsbefugnisse nach Landesrecht	192
1.5. Reaktion(en) auf den »Radikal«-Beschluss	195
2. V-Leute und Lockspitzel: Zwielfichtige Rechtsfiguren	197
2.1. Die Probleme des Gesetzgebers mit V-Leuten	197
2.2. Der Einsatz von Lockspitzeln (agent provocateur)	200
2.3. Spezialbefugnisse als Schutz vor dem Rückgriff auf die Generalklauseln?	203
3. Befugnisnormen auf Zuwachs am Beispiel von Observationen durch neue Überwachungstechnologien – Das Global-Positioning-System (GPS)	204
3.1. Das »Global-Positioning-System« (GPS).....	205
3.2. Die Rechtsgrundlage für den Einsatz des GPS.....	206
3.2.1. Das GPS als besonderes technisches Mittel i.S. des § 100 c I Nr. 1b StPO?	206
3.2.2. Zur Auslegung des § 100 c I Nr. 1b StPO	207
3.3. Konsequenzen der herrschenden Auffassung	211
3.4. Rechtspolitischer Ausblick.....	212
IV. Lückenschlüsse durch strafverfahrensfremde Gesetzgebung – die Integration von Geheimdiensten in den Strafprozess	
1. Die Beobachtung der Organisierten Kriminalität durch Verfassungsschutzbehörden	215
1.1. Das Normprogramm und die Zielrichtung des gesetzlichen Auftrages	216
1.2. Zur Frage der Gesetzgebungskompetenz	220
1.3. Die strafprozessuale Bedeutung der bayerischen Kompetenz	221
1.3.1. Die Erweiterung der strafprozessualen Eingriffsinstrumentarien.....	221

1.3.2. Kein Legalitätsprinzip bei Datenerhebungen nach dem BayVSG	223
1.3.3. Die unmittelbaren Folgen für die Subjekte im Strafprozess	225
1.4. Konsequenzen der Aufgabenerweiterung	227
2. Strategische Rasterfahndung – der BND als Bundesgeheimpolizei?	229
2.1. Die Kompetenzen des BND	229
2.2. Die Kriminalitätsaufklärung des BND im Inland	232
2.3. Zusammenfassende Bewertung der BND-Befugnisse	235

V. Weitere ausgewählte Entwicklungen des Polizeirechts

1. Generalprävention im Polizeirecht (und im Strafprozessrecht)?	239
1.1. Generalprävention im Polizeirecht am Beispiel von Ingewahrsamnahmen	240
1.2. Die Schuldunabhängigkeit des Polizeigewahrsams	241
1.3. Generalprävention im Gefahrenabwehrrecht?	242
1.3.1. »Belohnung« von Nichtstörern?	242
1.3.2. Abschreckung von potentiellen Störern?	243
1.4. Zur Frage der Gesetzgebungskompetenz	245
1.5. Verletzung der Menschenwürde	246
1.6. Generalprävention und Gefahrenabwehr im Spiegel der Rechtsprechung	246
1.6.1. Generalpräventive Ausweisungen nach Ausländerrecht	247
1.6.2. Generalprävention beim Abschleppen von PKW	247
1.6.3. Kritik der Rechtsprechung	248
1.7. Überlegungen zu möglichen Konsequenz der Zuschreibung	250
1.7.1. Möglichkeit der politischen Intervention	250
1.7.2. Das polizeiliche Schutzgut »öffentliche Ordnung« als Einfallstor	251
1.7.3. Eine neue Schutzhaft?	252
1.8. Generalprävention bei polizeirechtlichen Entscheidungen: Einzelmeinung?	254
2. Die polizeilichen Generalklauseln als Ersatz-Ermächtigungen?	255
2.1. Die polizeilichen Generalklauseln und ihre gesetzssystematische Funktion	255
2.2. Bremer Aufenthaltsverbote	257
2.2.1. Die Geeignetheit von Aufenthaltsverboten	258
2.2.2. Zur Sperrwirkung der Norm über den Platzverweis	260
2.2.3. Keine Aufenthaltsverbote nach der polizeilichen Generalklausel	261
2.2.4. (Ober-)Verwaltungsgerichtliche (Miss-)Verständnisse der polizeirechtlichen Systematik und ihre Konsequenzen	262
2.3. Hamburger Gefahrenerforschungen	265
2.3.1. Gefahrenerforschungen ohne Gefahrverdacht	266
2.3.2. Die datenverarbeitungsrechtliche Generalklausel	267
2.3.3. Neue Namen für rechtswidrige VE	268
2.4. Die »Verpolizeilichung« von gesetzgeberisch zu treffenden Entscheidungen	269

VI. Schluss: Über die Gefährlichkeit der Rechtsentwicklung

1. Grundtendenz: Ausweitung von Befugnissen	
für verschiedene Sicherheitsbehörden	273
2. Insbesondere: Die Überwachung von jedermann	275
3. Sicherheit versus Freiheit: Ein neues Grundrechtsverständnis	276
3.1. Ein Grundrecht auf Sicherheit?	276
3.2. Zur legislativen Konstruktion eines überragenden Sicherheits-Grundrechts	278
3.3. Die Legalität auf dem Weg von der »Freiheit« zur »Sicherheit«	279
4. Zur Ineffektivierung von Rechtsschutz	280
4.1. Normativer Ausschluss von effektivem Rechtsschutz	280
4.2. Beschränkungen des effektiven Rechtsschutzes durch die Beteiligung von Geheimdiensten an Strafverfolgung	281
4.3. Effektivitätsbeschränkungen durch Rechtsprechung	281
5. Prinzip: Prinzipienlosigkeit?	282
5.1. Abschied vom Trennungsgebot	282
5.2. Abschied vom Ermittlungsverbot	284
5.3. Das Ende der klaren Trennung zwischen Strafprozess- und Polizeirecht	285
5.4. Eine oberste Maxime namens Effektivität	286
6. Machtzuwächse für die Polizei	287
7. Schleichender Übergang vom Rechts- zum Polizeistaat?	289
7.1. Zum Begriff des Polizeistaats	290
7.2. Zum Begriff der Legalität	293
7.3. Schluss	295
Nachwort	
<i>Christian Bommarius:</i>	
Anmerkungen zur Schafzucht – Der Schutz der Sicherheit und der Schutz der Freiheit	297
Literaturverzeichnis	302
Sachregister	330